

Thema der Woche

Starten bald die Verhandlungen für Freihandelsabkommen EU-UK?

In Kürze

Neue Regeln erleichtern grenzüberschreitendes Eintreiben von Schulden
EWSA-Plenum: Säule sozialer Rechte, Bedrohungen und Hindernisse für den Binnenmarkt

Neues aus der Kommission

EU-Programm für Wettbewerbsfähigkeit von KMU: Fahrplan für Halbzeitbewertung veröffentlicht

Neues aus dem Europäischen Parlament

Neuer Präsident Tajani ist verlässlicher Partner der europäischen Wirtschaft

Neues aus dem Gerichtshof der EU

EUGH verurteilt sich selbst wegen zu langer Verfahrensdauer

Neues aus anderen Bereichen

EU und USA ziehen positive Bilanz zu bisherigen TTIP-Verhandlungen

Statistik der Woche

Jährliche Inflationsrate steigt an

EU-Agenda

EU-Kommission: 2197. Sitzung am 25. Januar 2017

EU-Parlament: Ausgewählte Ausschüsse der kommenden Woche

EU-Rat: Ausgewählte Tagungen der kommenden Woche

EuGH: Ausgewählte Fälle der kommenden Woche

EU-Kommission: Ausgewählte laufende Konsultationen

Impressum

EU-Büro der Wirtschaftskammer Österreich
Av. de Cortenberg 30
B-1040 Brüssel
Telefon: +32 2 286 58 80
Internet: wko.at/eu

Redaktion:
Franziska Annerl
E-Mail: Franziska.Annerl@eu.austria.be



Folgen Sie uns auf facebook

Wenn Sie das EU-Panorama regelmäßig zugeschickt bekommen wollen oder sich vom Verteiler streichen lassen möchten, mailen Sie bitte an:
eu@eu.austria.be

Starten bald die Verhandlungen für Freihandelsabkommen EU-UK?

Die britische Premierministerin Theresa May hat am Dienstag erläutert, wie sie sich den Austritt ihres Landes aus der Europäischen Union vorstellt. In einer **Grundsatzrede** zum Brexit im Lancaster-Herrenhaus in London stellte May ihren Zwölf-Punkte-Plan vor. May möchte einen „harten“ Brexit: Kernpunkte sind das vollständige Ausscheiden Großbritanniens aus dem EU-Binnenmarkt und aus der Zollunion. Im Zentrum auch die Migration: May will die EU-Personenfreizügigkeit beenden und damit die Kontrolle über die Einwanderung auf die britische Insel zurückerlangen. Sie betonte aber, dass die Briten mit ihrer Entscheidung für den Brexit nicht der EU schaden wollten. Die Europäer würden trotzdem künftig in Großbritannien willkommen sein, die Briten hoffentlich auch in der EU.

May will nicht nur die EU verlassen, sie will vor allem ein „globales Großbritannien“: Das Vereinigte Königreich strebe ein mutiges und ambitioniertes Freihandelsabkommen mit der EU an – dies gilt aber auch für alle anderen Länder. Das heißt, dass die Europäische Union und ihre Länder auf dem Kontinent für Großbritannien Partner wie alle anderen werden: Die britische Insel wird ihrem Namen gerecht. Gegenüber neuen Einwanderern wird sie hingegen abgeschottet, hier zeigt sich das Vereinigte Königreich weniger global. Den bereits im Land lebenden EU-Bürgern möchte May zwar einen dauerhaften Aufenthaltstitel gewähren, aber nur sofern im Gegenzug auch der Aufenthalt von britischen Bürgern in andern EU-Staaten gesichert ist. Wie das Ende der EU-Personenfreizügigkeit tatsächlich umgesetzt wird, ist Teil der künftigen Abkommen.

Davon wird es zumindest zwei geben: das reine Austrittsabkommen, in dem die Modalitäten der Scheidung geregelt werden. Und ein Abkommen über das künftige Verhältnis zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, von dem May angekündigt hat, dass sie die Variante eines Freihandelsabkommens anstrebt. Wahrscheinlich ist darüber hinaus eine Übergangslösung, bis das endgültige Verhältnis klar ist.

Wie könnte ein Freihandelsabkommen mit den Briten aussehen? Bei Freihandelsabkommen werden in der Regel lediglich Bestimmungen über die Zollfreiheit/-ermäßigung im Warenverkehr getroffen. Neuere Abkommen enthalten darüber hinaus Regelungen z.B. für den Dienstleistungsbereich oder für die Streit-schlichtung. Diese Abkommen sind „gemischte Abkommen“ und neben der EU auch von allen EU-Mitgliedstaaten zu ratifizieren. Sie gewähren einen gegenseitigen freien bzw. begünstigten Marktzugang für gewerblich-industrielle Waren, Agrarerzeugnisse sowie verarbeitete landwirtschaftliche Erzeugnisse. Damit sind allerdings auch Grenzkontrollen sowie Warenbegleitpapiere wie z.B. Ursprungszeugnisse notwendig. Importe in die EU müssen den EU Regeln entsprechen. Durch die Komplexität sind mehrjährige Verhandlungen und Ratifikationen in den Mitgliedstaaten zu erwarten (siehe **EU Top Thema Brexit**).

Der Ausstieg des Vereinigten Königreichs aus der EU ist natürlich keine gute Nachricht für die am britischen Markt engagierten Unternehmen: Viele Geschäftsführer der ca. 250 österreichischen Niederlassungen reagieren allerdings noch gelassen auf den „Brexit“. Problematisch sieht man vor allem die Volatilität des Wechselkurses, die Kunden verunsichert und Planungsprozesse schwierig macht. Viele der österreichischen Lieferanten sind in Nischensegmenten tätig, wo sie gar nicht oder nur schwer ersetzbar sind. Langfristig zu Problemen führen könnten Einschränkungen bei der Entsendung von Fachkräften nach Großbritannien bzw. Änderungen bei Ursprungszeugnissen, Produktsicherheit oder der Anerkennung beruflicher Qualifikationen, die Aufwand und Kosten erhöhen. Premierministerin May will Ende März in Brüssel offiziell das Austrittsgesuch Großbritanniens einreichen. Es bleiben dann zwei Jahre für die Austrittsverhandlungen.

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Neue Regeln erleichtern grenzüberschreitendes Eintreiben von Schulden

Neue Regeln sollen die Unternehmen – vor allem kleine und mittlere (KMU) – unterstützen, Schulden von Schuldern in anderen EU-Ländern leichter zurückzufordern. Rund 600 Millionen Euro gehen jedes Jahr aufgrund langwieriger und kostspieliger Rechtsverfahren verloren. Mit dem **Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung** kann ein Gericht in einem EU-Mitgliedstaat das Bankkonto eines Gläubigers in einem anderen EU-Mitgliedstaat sperren. Das Verfahren kann **nur in Fällen mit grenzüberschreitendem Bezug** angewendet werden; das heißt, das für das Verfahren zuständige Gericht oder der Wohnsitz des Gläubigers dürfen sich nicht in dem Land befinden, in dem der Schuldner sein Konto führt. Mit dem Verfahren können Schulden in der EU leichter eingetrieben werden. Die WKÖ begrüßt alle Initiativen, die das grenzübergreifende Tätigwerden v.a. kleinerer und mittlerer Unternehmen fördern.

EWSA-Plenum: Säule sozialer Rechte, Bedrohungen und Hindernisse für den Binnenmarkt

Auf der **Tagesordnung** der nächsten **Plenartagung des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses am 25. und 26. Jänner 2017** finden sich unter anderem Stellungnahmen zu folgenden Themen: 5G für Europa, Internetanbindung in Kommunen, Paket zum Urheberrecht, Bedrohungen und Hindernisse für den Binnenmarkt. Bei der Vorbereitungssitzung der Arbeitgeber wird UEAPME-Präsidentin Ulrike **Rabmer-Koller** einen Überblick über die Prioritäten der UEAPME in der zweiten Hälfte der Juncker Kommission geben. Bei der Plenarsitzung werden Kommissarin Marianne **Thyssen** und MEP Maria Joao **Rodrigues** mit den Mitgliedern über die europäische Säule sozialer Rechte diskutieren. Wirtschafts- und Finanzkommissar Pierre **Moscovici** wird an der Debatte über die aktuelle Wirtschaftslage und die Aussichten für die **Vertiefung der WWU** teilnehmen. Der maltesische Staatssekretär Ian **Borg** wird das Programm des maltesischen Vorsitzes erläutern.

Inhaltsverzeichnis



Neues aus der Kommission

EU-Programm für Wettbewerbsfähigkeit von KMU: Fahrplan für Halbzeitbewertung veröffentlicht

Die Europäische Kommission hat am **Dienstag** einen **Fahrplan für die Halbzeitevaluierung des EU-Programms für die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für KMU (CoSME)** veröffentlicht. Innerhalb des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 beläuft sich das **Gesamtbudget** des CoSME-Programms auf rund **2,3 Milliarden Euro**. Die Analyse soll das Programm zur Mitte der Laufzeit bewerten, zur Verbesserung der Umsetzung beitragen und eine solide Evidenzbasis für die Gestaltung zukünftiger Aktivitäten und Initiativen liefern. Die Halbzeitevaluierung, die **bis Oktober 2017 abgeschlossen** sein soll, soll unter anderem auch **eine öffentliche Konsultation** beinhalten.

Das **Programm COSME** enthält neben einer Bürgschaftsfazilität für Kredite für KMU in Höhe von bis zu 150.000 Euro auch Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen. Gleichzeitig gibt es spezielle Förderungen für Frauen, Migranten, Internationalisierungsmaßnahmen und Unternehmensgründungen. Die **WKÖ** unterstützt Maßnahmen auf europäischer Ebene, die das Ziel verfolgen, die **Wettbewerbsfähigkeit von KMU** zu erhöhen und deren **Beteiligung an Förderprogrammen** sicherzustellen. Das COSME-Programm ist somit ein **wichtiges Instrument, welches auch zukünftig im nächsten EU-Finanzrahmen nach 2020** entsprechend dotiert werden sollte.

Ansprechpartner: **Martin Schmid**

Inhaltsverzeichnis



Neuer Präsident Tajani ist verlässlicher Partner der europäischen Wirtschaft

Der Italiener Antonio **Tajani** (EVP) hat Dienstagabend die **Wahl** zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewonnen. Mit 351 Stimmen lag er im vierten Wahlgang deutlich vor Gianni **Pittella** (S&D), für den 282 Abgeordnete gestimmt hatten. Die Vizepräsidenten und Quästoren des Parlaments wurden am Mittwoch gewählt. Die Österreicherin Ulrike **Lunacek** (Grüne) wurde als Vizepräsidentin bestätigt.

„Ich gratuliere Antonio Tajani sehr herzlich zu seiner Wahl zum neuen Präsidenten des Europäischen Parlaments. Er kann auf **langjährige Erfahrung auf dem europäischen Parkett** – sowohl im EU-Parlament als auch in der Kommission – verweisen“, betonte der Präsident der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) sowie der Global Chamber Platform, Christoph **Leitl**, zur Wahl Tajanis. Für Europas Wirtschaft habe sich der Italiener, der in seiner früheren Funktion als EU-Kommissar auch bereits Gast in der WKÖ war, als verlässlicher Partner bewiesen: „Als EU-Kommissar für Unternehmen und Industrie hat er uns bei unseren Anliegen für kleine und mittlere Unternehmen oder eine Re-Industrialisierung Europas stets unterstützt“, so Leitl. „Dem Europäischen Parlament kommt eine **wichtige Rolle bei der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft** zu. Europas Unternehmen sind die Basis für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand. Ihre Leistungen müssen mehr unterstützt und gefördert werden.“



Foto: © European Union

Ansprechpartnerin: **Franziska Annerl**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus dem Gerichtshof der EU

EUGH verurteilt sich selbst wegen zu langer Verfahrensdauer

Der Europäische Gerichtshof hat sich selbst wegen zu langer Verfahrensdauer verurteilt, aufgrund derer **zwei Unternehmen materieller als auch immaterieller Schaden (Zustand der Ungewissheit) entstanden** ist.

Im Rahmen der Rechtsache **T-577/14** haben die beiden Unternehmen Gascogne Sack Deutschland und Gascogne am 23. Februar 2006 beim Gericht der Europäischen Union Klagen auf Nichtigerklärung einer Entscheidung der Kommission erhoben. Die Entscheidung erging in einem **Kartellverfahren für industrielle Sackverpackungen**. Die Klagen wurden nach über fünf Jahren Verfahrensdauer 2011 abgewiesen. Die Kläger legten Rechtsmittel ein, worauf das befassete Gericht die Urteile am 26. November 2013 bestätigte.

Der EuGH selbst wies die Unternehmen jedoch auf die Möglichkeit einer **Schadenersatzklage wegen überlangem Verfahren** hin. Gascogne Sack Deutschland und Gascogne nehmen diese Möglichkeit wahr und beantragten ca. vier Millionen Euro Schadenersatz für materielle als auch immaterielle Schäden. Eine **außervertragliche Haftung der EU kann unter drei (kumulativen) Voraussetzungen geltend gemacht** werden. Erstens muss die Rechtswidrigkeit des Verhaltens des jeweiligen Organs erfüllt sein, zweitens muss ein tatsächlicher Schaden vorliegen und drittens muss ein Zusammenhang zwischen dem Schaden und dem Verhalten des Organs vorliegen.

Der EuGH führte nun aus, dass er selbst das Recht auf eine Entscheidung in einer Rechtssache in einem Verfahren in angemessener Frist verletzt habe. Die Rechtswidrigkeit des Verhaltens eines Organs, des EuGHs selbst, ist damit erfüllt. Die zweite Voraussetzung, das Entstehen eines Schades für Gascogne, sah der EuGH ebenfalls als erfüllt an. Dabei bezog sich der Gerichtshof konkret auf die Verluste, die die Unternehmen für die Bankbürgschaft zugunsten der Europäischen Kommission zahlen mussten. Auch die Voraussetzung eines Kausalzusammenhangs sah das Gericht als erfüllt an. Durch die längere Verfahrensdauer musste Gascogne die Kosten für die Bankbürgschaft länger als vorgesehen übernehmen. Gascogne Sack Deutschland und Gascogne wurde mit dem Urteil Schadenersatz für materiellen als auch immateriellen Schaden zugesprochen.

Ansprechpartner: **Barbara Dallinger**

Inhaltsverzeichnis



Neues aus anderen Bereichen

EU und USA ziehen positive Bilanz zu bisherigen TTIP-Verhandlungen

EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström und US-Handelsbeauftragter Michael Froman haben am 17. Januar einen **gemeinsamen Bericht** zum EU-US-Freihandelsabkommen (TTIP) veröffentlicht. Darin wird festgehalten, dass die EU und die Vereinigten Staaten **erhebliche Fortschritte** bei den **Verhandlungen zu TTIP**, die seit Juli 2013 laufen, erzielt haben, unter anderem beim verbesserten **Marktzugang für Unternehmen**, bei **vereinfachten technischen Vorschriften** und bei **globalen Handelsregeln**. Mithilfe von TTIP würden nicht

nur die transatlantischen Beziehungen ausgebaut und gemeinsame Standards geschaffen, sondern auch die Export- und Investitionsströme, die der Motor der EU- und US-Wirtschaft sind und hochwertige Arbeitsplätze schaffen, gesteigert. Weiters **begünstige TTIP** vor allem auch **KMU, die als Treiber für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Innovation dienen**. Festgehalten wurde jedoch auch, dass es in **einigen Bereichen**, wie etwa dem erleichterten Zugang zu den öffentlichen Beschaffungsmärkten und einem starken Investitionsschutz, **noch Arbeit** gebe.

Die WKÖ befürwortet eine strategisch ausgelegte und aktive EU-Handelspolitik und in diesem Zusammenhang auch ein umfassendes und ehrgeiziges Handelsabkommen mit einem der wichtigsten Wirtschafts- und Handelspartner, den USA. Als eine vom internationalen Handel abhängige Volkswirtschaft wird Österreich von diesem Abkommen erheblich profitieren.

Ansprechpartnerin: Sophie Windisch

Inhaltsverzeichnis

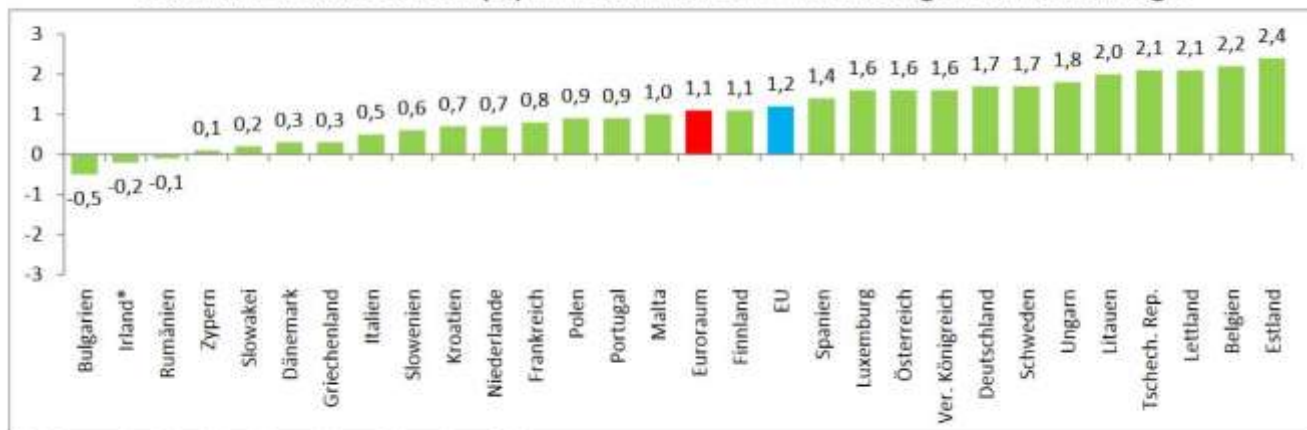


Jährliche Inflationsrate steigt an

Die jährliche Inflationsrate im **Euroraum** ist laut Eurostat von 0,6 Prozent im November auf 1,1 Prozent im Dezember 2016 gestiegen. Ein Jahr zuvor hatte sie noch 0,2 Prozent betragen. Die jährliche Inflationsrate in der Europäischen Union lag im Dezember 2016 bei 1,2 Prozent, gegenüber 0,6 Prozent im November (Dezember 2015: 0,2 Prozent). In **Österreich** stieg der Jahreswert von 1,5 auf 1,6 Prozent (Dezember 2015: 1,1 Prozent).

Im Dezember 2016 wurden in Bulgarien (-0,5 Prozent) und Rumänien (-0,1 Prozent) negative jährliche Raten gemessen. Die höchsten Werte verzeichneten Estland (2,4 Prozent) und Belgien (2,2 Prozent). **Der stärkste Aufwärtsimpuls** kam von den Teilindizes Kraftstoffe für Verkehrsmittel (+0,21 Prozentpunkte, Pp.), Gemüse (+0,07 Pp.) sowie Flüssige Brennstoffe (+0,05 Pp.), während Gas (-0,10 Pp.), Telekommunikation (-0,05 Pp.) und Körperpflegeprodukte (-0,04 Pp.) am stärksten senkend wirkten.

Jährliche Inflationsraten (%) im Dezember 2016 - in ansteigender Reihenfolge



* Die Daten für Irland beziehen sich auf November 2016

Ansprechpartnerin: Verena Martelanz

Voraussichtliche Themen der 2197. Sitzung am 25. Jänner 2017:

Grundrechte und Rechtsstaat

Bericht über die Fortschritte Bulgariens im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens

Bericht über die Fortschritte Rumäniens im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens

Politische Koordinierung/Nachhaltige Entwicklung/Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und Investitionen/Umwelt, Maritime Angelegenheiten und Fischerei

Mitteilung: Die Rolle der Energie aus Abfall in der Kreislaufwirtschaft

Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft

Politische Koordinierung/Grundrechte und Rechtsstaat/Migration, Inneres/Sicherheitsunion

Mitteilung: Die Migrationsroute über das Mittelmeer – Verwalten, um Leben zu retten

Vorschlag zur Aussetzung der Empfehlung über die Verlängerung der temporären Grenzkontrollen in Ausnahmefällen, wenn das Funktionieren des Schengen-Raums gefährdet ist

Vierter Bericht über Fortschritte in Richtung einer echten Sicherheitsunion

Inhaltsverzeichnis

Ausschüsse des Europäischen Parlaments

23.-24. Januar Ausschuss für internationalen Handel

Abschluss des umfassenden Wirtschafts- und Handelsabkommens zwischen Kanada einerseits und der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten andererseits

Unionssystem zur Selbstzertifizierung der Erfüllung der Sorgfaltspflicht in der Lieferkette durch verantwortungsvolle Einführer von Zinn, Tantal, Wolfram, deren Erzen und Gold aus Konflikt- und Hochrisikogebieten

Schutz vor gedumpte und subventionierten Einfuhren aus nicht zur EU gehörenden Ländern

Sachstand bezüglich der Fortschritte im Hinblick auf ein Gericht für multilaterale Investitionen

23.-24. Januar Ausschuss für regionale Entwicklung

Der richtige Finanzierungsmix für Europas Regionen: Schaffung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Finanzinstrumenten und Finanzhilfen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik

Workshop zu dem Thema „Bausteine der künftigen Kohäsionspolitik der EU – erste Überlegungen“ (Fachabteilung B)

Aussprache mit Marc Lemaître, Generaldirektor für Regionalpolitik und Stadtentwicklung, Kommission

Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union
· Aussprache („Omnibus“-Vorschlag)

23.-24. Januar Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit

Festlegung verbindlicher nationaler Jahresziele für die Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Zeitraum 2021-2030 zwecks Schaffung einer krisenfesten Energieunion und Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris und Änderung der Verordnung (EU) Nr. 525/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über ein System für die Überwachung von Treibhausgasemissionen sowie für die Berichterstattung über diese Emissionen und über andere klimaschutzrelevante Informationen

Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 94/62/EG über Verpackungen und Verpackungsabfälle

Richtlinie zur Änderung der Richtlinie 1999/31/EG über Abfalldeponien

23.-24. Januar Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Urteil des Gerichtshofs in den Rechtssachen C-698/15 und C-203/15 Tele2 Sverige AB (Vorratsdatenspeicherung)

Folgen von Massendaten für die Grundrechte: Privatsphäre, Datenschutz, Nichtdiskriminierung, Sicherheit und Rechtsdurchsetzung

23.-24. Januar Ausschuss für Kultur und Bildung

Bericht über die Durchführung des Programms „Kreatives Europa“

Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden innerhalb des Binnenmarkts

Inhaltsverzeichnis

Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik:
Beschäftigungspolitische und soziale Aspekte im Jahreswachstumsbericht 2017

Öffentliche Anhörung und Aussprache zu dem Thema „Akademische Weiterbildung
und Fernstudium als Teil der europäischen Strategie für lebenslanges Lernen“

24. Januar Untersuchungsausschuss zu Emissionsmessungen in der Automobilindustrie

Der Ausschuss tagt.

25.-26. Januar Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

Jahresbericht über die Binnenmarktsteuerung innerhalb des Europäischen Semesters
2017

Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die
Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen

Maßnahmen gegen Geoblocking und andere Formen der Diskriminierung aufgrund der
Staatsangehörigkeit, des Wohnsitzes oder des Ortes der Niederlassung des Kunden
innerhalb des Binnenmarkts

Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft

Digitalisierung der europäischen Industrie

Online-Plattformen im digitalen Binnenmarkt

25.-26. Januar Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

Arbeitsbedingungen und prekäre Beschäftigungsverhältnisse

Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur
Ausübung einer umfassende Qualifikationen voraussetzenden Beschäftigung

Europäische Agenda für die kollaborative Wirtschaft

Änderung der Richtlinie 2004/37/EG über den Schutz der Arbeitnehmer gegen
Gefährdung durch Karzinogene oder Mutagene bei der Arbeit

Digitalisierung der europäischen Industrie

Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen

Aussprache mit James Calleja (Direktor des Europäischen Zentrums für die Förderung
der Berufsbildung (Cedefop))

Aussprache mit Madlen Serban (Direktorin der Europäischen Stiftung für Berufs-
bildung (ETF))

Inhaltsverzeichnis

25.-26. Januar Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

Eine Luftfahrtstrategie für Europa

Grenzüberschreitende Paketzustelldienste

25.-26. Januar Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Initiative für Ressourceneffizienz: Verringerung der Verschwendung von Lebensmitteln, Verbesserung der Lebensmittelsicherheit

Tagungen des Rates

27. Januar Wirtschaft und Finanzen

(ggf.) MwSt: Umkehrung der Steuerschuldnerschaft

Hochrangige Gruppe „Eigenmittel“

- Vorstellung des Abschlussberichts

Inhaltsverzeichnis

Ausgewählte Fälle des Europäischen Gerichtshofes

Ausgewählte Fälle der kommenden Woche:

24. Januar Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof in der Rechtssache C-566/15 Erzberger / TUI AG

Aufsichtsratswahl bei grenzüberschreitendem Konzern

Das Kammergericht Berlin möchte wissen, ob es mit dem unionsrechtlichen Verbot der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit und mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit vereinbar ist, dass ein Mitgliedstaat das aktive und passive Wahlrecht für die Vertreter der Arbeitnehmer in das Aufsichtsorgan eines Unternehmens nur solchen Arbeitnehmern einräumt, die in Betrieben des Unternehmens oder in Konzernunternehmen im Inland beschäftigt sind. Vor dem Kammergericht streiten Herr Erzberger, ein Anteilseigner der TUI AG, und die TUI AG über die richtige Zusammensetzung des Aufsichtsrats der TUI AG. Herr Erzberger begehrt die Feststellung, dass der Aufsichtsrat nur aus Vertretern der Anteilseigner zusammzusetzen ist. Das deutsche Mitbestimmungsgesetz, wonach der Aufsichtsrat der TUI AG zur Hälfte aus Arbeitnehmervertretern bestehen müsse, dürfe nicht angewandt werden, da es gegen Unionsrecht verstoße, indem es in einem anderen Mitgliedstaat tätige Arbeitnehmer von den Aufsichtsratswahlen ausschließe. Fast viermal so viele TUI-Konzern-Arbeitnehmer wie in Deutschland arbeiten in der übrigen EU. Heute findet die mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof statt.

[Weitere Informationen](#)

Urteile des Gerichtshofs in den Rechtssachen C 604/13 P Dornbracht / Kommission, C 609/13 P Duravit u.a. / Kommission, C 611/13 P Hansa Metallwerke u.a. / Kommission, C 613/13 P Kommission / Keramag Keramische Werke u.a. und Sanitec Europe, C 614/13 P Masco u.a. / Kommission, C 618/13 P Zucchetti Rubinetteria / Kommission, C 619/13 P Mamoli Rubinetteria / Kommission, C-625/13 P Villeroy & Boch / Kommission, C 626/13 P Villeroy & Boch Austria / Kommission, C 636/13 P Roca Sanitario / Kommission, C 637/13 P Laufen Austria / Kommission, C 638/13 P Roca / Kommission, C 642/13 P Villeroy & Boch-Belgium / Kommission und C 644/13 P Villeroy et Boch / Kommission

Kartell für Badezimmersaustattungen

Mit Beschluss vom 23. Juni 2010 verhängte die Kommission Geldbußen in einer Gesamthöhe von über 622 Mio. Euro gegen 17 Hersteller von Badezimmersaustattungen wegen Beteiligung an einem Kartell für Armaturen, Duschtrennungen und zubehör sowie Sanitärkeramik. Die Unternehmen hätten zwischen 1992 und 2004 regelmäßig an wettbewerbswidrigen Zusammenkünften teilgenommen, und zwar in Deutschland, Österreich, Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden. Mit Urteilen vom 16. September 2013 bestätigte das Gericht einen Teil der Geldbußen, andere setzte es herab. Zahlreiche Unternehmen, aber auch die Kommission, haben beim Gerichtshof Rechtsmittel gegen die sie betreffenden Urteile des Gerichts eingelegt. Der Gerichtshof verkündet heute seine Urteile über alle vierzehn Rechtsmittel.

[Weitere Informationen C-604/13 P \(zu T-386/10\)](#)

[Weitere Informationen C-609/13 P \(zu T-364/10\)](#)

[Weitere Informationen C-611/13 P \(zu T-375/10\)](#)

[Weitere Informationen C-613/13 P \(zu T-379/10 und T-381/10\)](#)

[Weitere Informationen C-614/13 P \(zu T-378/10\)](#)

[Weitere Informationen C-618/13 P \(zu T-396/10\)](#)

[Weitere Informationen C-619/13 P \(zu T-376/10\)](#)

[Weitere Informationen C-625/13 P \(zu T-374/10\)](#)

[Weitere Informationen C-626/13 P \(zu T-373/10\)](#)

[Weitere Informationen C-636/13 P \(zu T-408/10\)](#)

[Weitere Informationen C-637/13 P \(zu T-411/10\)](#)

[Weitere Informationen C-638/13 P \(zu T-412/10\)](#)

[Weitere Informationen C-642/13 P \(zu T-402/10\)](#)

[Weitere Informationen C-644/13 P \(zu T-382/10\)](#)

Inhaltsverzeichnis

Besteuerung

Konsultation zur Reform der Mehrwertsteuersätze (Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem in Bezug auf die Regeln für die Anwendung der Mehrwertsteuersätze)
20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation zur Sonderregelung für Kleinunternehmen gemäß der MwSt-Richtlinie
20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation über das endgültige Mehrwertsteuersystem für den grenzüberschreitenden EU-Handel (B2B-Lieferungen von Gegenständen)
20.12.2016 - 20.03.2017

Öffentliche Konsultation zum Funktionieren der gegenseitigen Amtshilfe zwischen den Mitgliedstaaten bei der Beitreibung von Steuern
30.11.2016 - 08.03.2017

Öffentliche Konsultation - Verbrauchsteuern auf Tabakwaren
17.11.2016 - 16.02.2017

Maßnahmen gegenüber Finanzberatern und -intermediären zur Eindämmung potenziell aggressiver Steuerplanungsstrategien
10.11.2016 - 16.02.2017

Binnenmarkt

Öffentliche Konsultation zur Halbzeitbewertung der Fazilität „Connecting Europe“
28.11.2016 - 27.02.2017

Öffentliche Konsultation zur Bewertung der REACH-Verordnung im Rahmen von REFIT
28.10.2016 - 28.01.2017

Forschung und Technologie

Öffentliche Konsultation der Interessenträger - Zwischenbewertung der im Rahmen von Horizont 2020 gegründeten gemeinsamen Unternehmen
08.12.2016 - 10.03.2017

Handel

Öffentliche Konsultation zu einer multilateralen Reform der Beilegung von Investitionsstreitigkeiten
21.12.2016 - 15.03.2017

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Konsultation zu den politischen Optionen für die Festlegung von Mindestanforderungen an die Qualität von wiederverwendetem Wasser in der Europäischen Union 28.10.2016 - 27.01.2017

Innere Angelegenheiten

Halbzeitbewertung des Programms „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ 2014-2020
09.01.2017 - 10.04.2017

Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien, Informationsgesellschaft

Öffentliche Konsultation zur Evaluierung und Überprüfung der Agentur der Europäischen Union für Netz- und Informationssicherheit (ENISA)
18.01.2017 - 12.04.2017

Öffentliche Konsultation zum Thema „Aufbau einer europäischen Datenwirtschaft“
10.01.2017 - 26.04.2017

Öffentliche Gesundheit

Halbzeitbewertung der Verordnung (EU) Nr. 652/2014 über Ausgaben im Bereich Lebens- und Futtermittel
16.12.2016 - 17.03.2017

Unternehmen

Öffentliche Konsultation zu Regelungen über die Haftung des Herstellers für Schäden, die durch ein fehlerhaftes Produkt verursacht wurden
10.01.2017 - 26.04.2017

Öffentliche Konsultation: Intelligente Spezialisierung: ein neuer Ansatz für das europäische Wachstum und Beschäftigung durch regionale Innovationsstrategien
21.12.2016 - 24.03.2017

Verkehr

Überarbeitung der Richtlinie zur Förderung sauberer Fahrzeuge
19.12.2016 - 24.03.2017

Überarbeitung der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 über gemeinsame Regeln für den Zugang zum grenzüberschreitenden Personenkraftverkehrsmarkt
14.12.2016 - 22.03.2017

Wettbewerb

Konsultation zum Verhaltenskodex für die Durchführung von Beihilfeverfahren
25.11.2016 - 25.02.2017

Zoll

Öffentliche Konsultation über Regeln für die Einfuhr von Kulturgütern
28.10.2016 - 23.01.2017